FRANZ JOSEF STRAUSS
Von deutscher Verantwortung

Rede zur Eröffnung des
39. Tages der Heimat
in Berlin am 11. September 1988

ISBN: 3-925103-04-X
Bund der Vertriebenen · Godesberger Allee 72—74, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 810070

ACSP, NL Strauß Slg. Kray RA 88/110

Herausgeber:
Bund der Vertriebenen — Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände —
Godesberger Allee 72—74, 5300 Bonn 2 — Telefon (0228) 810070
Redaktion: Referat für Kultur und staatsbürgerliche Bildung
Herstellung: Köllen Druck + Verlag GmbH, Bonn
1. Aufl. 1988: 12000, 2. Aufl. 1988: 12000
ISBN: 3-925103-04-X

Franz Josef Strauß zum Gedenken

Eine seiner letzten großen deutschlandpolitischen Reden hat der Bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß vor dem Bund der Vertriebenen gehalten. Es handelte sich um die Auftaktveranstaltung zum diesjährigen „Tag der Heimat" am 11. September 1988 im Internationalen Congreß-Centrum in Berlin.

Franz Josef Strauß hat in dieser Rede einen beeindruckenden und umfassenden Ordnungsentwurf hinsichtlich einer Zukunft ganz Deutschlands und aller Deutschen in Europa gezeichnet. Als zentrale Aufgabe deutscher Politik definierte er dabei, die Verhältnisse in Europa friedlich, aber mit nicht nachlassender Zähigkeit und langem historischem Atem so zu gestalten, daß alle Deutschen in ihrer angestammten Heimat unter menschenwürdigen Bedingungen leben können. Franz Josef Strauß machte deutlich, daß aufgrund wissenschaftlicher, technischer, industrieller und soziologischer Entwicklungen und Wandlungen die Wiedervereinigung Deutschlands ein nicht aufzuhaltender Prozeß sei, der von der deutschen Politik jedoch aktiv gefördert werden müsse. Er verwies auf die starken und ungeheuren wirtschaftlichen Kräfte, die Möglichkeiten einer modernen Wissenschaft und Technik sowie auf die moralischen Kräfte des Rechtes und der Freiheit, die den in Freiheit lebenden Deutschen und dem freien Westen für die aktive Förderung dieses Prozesses zur Verfügung stehen. Franz Josef Strauß mahnte, über die kleinen Schritte, Problemlösungen und menschlichen Erleichterungen nicht den Blick dafür zu verlieren, daß das Ziel der Deutschlandpolitik die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und des Selbstbestimmungsrechtes aller Deutschen sein muß.

Die Berliner Rede von Franz Josef Strauß war eine Rede über den Tag hinaus. Wer hätte damals am 11. September geahnt, daß diese Rede ein bleibendes deutschlandpolitisches Vermächtnis von Franz Josef Strauß werden sollte?

In das Gefühl von Schmerz, Ohnmacht und Trauer mischt sich jetzt die Erwartung der deutschen Heimatvertriebenen und weiter Teile unseres Volkes, daß dieses deutschlandpolitische Vermächtnis von Franz Josef Strauß seinen politischen Erben Auftrag und Verpflichtung für ihr deutschlandpolitisches Handeln in Gegenwart und Zukunft ist.

Bonn, im Oktober 1988

Hartmut Koschyk
Generalsekretär des
Bundes der Vertriebenen

ACSP, NL Strauß Slg. Kray RA 88/110

Laudatio von BdV-Präsident Dr. Herbert Czaja MdB zur Verleihung der Plakette für Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht an Dr. h. c. Franz Josef Strauß, Bayerischer Ministerpräsident, am 11. September 1988 in Berlin, Internationales Congreß Centrum.

Dr. h. c. Franz Josef Strauß wurde am 6. September 1915 in München geboren. Einer Handwerkerfamilie entstammend, hat er sich eine hervorragende klassisch-humanistische Bildung angeeignet. In jungen Jahren bereits erklärter Gegner der Diktatur, lernte er als Soldat sechs Jahre lang das Grauen des Zweiten Weltkrieges kennen, stand zur Pflicht der Verteidigung seines Vaterlandes, gab aber nie die Hoffnung auf das Ende der Diktatur auf.

Nach dem Krieg hat er als Landrat von Schongau außerordentliche organisatorische und ausgleichende Fähigkeiten bei der Aufnahme der deutschen Opfer der Massenvertreibung bewiesen. Mit großem Schwung wirkte er am Aufbau der Christlich-Sozialen Union mit, wurde 1949 ihr Generalsekretär und seit 1961 bis heute immer wieder als ihr Vorsitzender bestätigt. Er prägte die erfolgreiche Politik der CSU für den Freistaat Bayern und den Weg der CSU in Bonn. Er tat es mit der Geschicklichkeit, die der Politiker braucht, aber er unterwarf sich in Grund- und Wertfragen nie dem täglichen Wechsel der Meinungen und Stimmungen, sondern verfolgte mit eingehender Sachkunde unbeirrt seine am christlichen Menschenbild ausgerichteten politischen Ziele der Freiheit und des sozialen Ausgleichs für seine bayerische Heimat, für unser ganzes Volk, unser ganzes Vaterland und darüber hinaus für die von Unterdrückung bedrohten Völker.

Seit nunmehr fast 40 Jahren beeinflußt Franz Josef Strauß unmittelbar und nachhaltig die Bundespolitik, zuerst als Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates und führendes Mitglied des Deutschen Bundestages bis 1978, zeitweise als Bundesminister für besondere Aufgaben, für Atomfragen, für Verteidigung, als erster stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU, dann als Bundesfinanzminister, in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Koalitionen. Seit 1978 setzt er dies mit großem Einfluß im Bundesrat als Ministerpräsident des Freistaats Bayern und auch als Vorsitzender der Koalitionspartei CSU fort.

Berlin 11.9.1988; v.l.n.r.: Dr. Herbert Czaja MdB, Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. h.c. Franz Josef Strauß, Bayerischer Ministerpräsident, Hartmut Koschyk, Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen

Aus der Sicht des Augenblicks mögen es manche als tragisch empfunden haben, daß der unpopuläre Entscheidungen nicht scheuende, manchmal für andere Verantwortung übernehmende, weitsichtige und weltkundige Politiker immer wieder entstellende Angriffe eines Teiles der Medien auf sich zog und nicht die Nachfolge Konrad Adenauers antrat. Doch wer das Richtige für die Zukunft verfolgt, ist in der Gegenwart meist nicht populär. Franz Josef Strauß erfüllt weiterhin große Aufgaben mit seiner konstruktiven Politik für unser ganzes Vaterland, für ganz Europa und darüber hinaus. Nie hat er geleugnet, daß er auch irren kann. Wir hoffen, daß in der Geschichte das volle Ausmaß seiner politischen Wirkkraft die angemessene Würdigung finden wird.

Der heimattreue bayerische Ministerpräsident verficht zäh und unablässig die Rechte ganz Deutschlands. Sein freier Teil, die Bundesrepublik Deutschland, soll das ihr zukommende Gewicht im Rechtsverband der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft haben, ganz Deutschland aber seine Aufgaben in der Zukunft, ohne Fehler der Vergangenheit, im ganzen freien Europa erfüllen. Nie verliert er die Pflicht zu friedlichem, schrittweisem, gewaltlosem Abbau der Teilung Europas und Deutschlands im Sinne der politischen Leitlinie des westlichen Bündnisses aus dem Auge, wohl wissend, daß eine dauerhafte Teilung Deutschlands den Niedergang Europas zur Folge hätte.

Ohne Wenn und Aber hat er sich stets dazu bekannt, daß in einem für jede Politik notwendigen Rechtsgehorsam nach Verfassungs- und Völkervertragsrecht bis zu frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelungen von Deutschland im Gebietsstand von 1937 auszugehen, und das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen friedlich durchzusetzen ist. Er hat die Schirmherrschaft Bayerns über die Sudetendeutsche Volksgruppe mitgetragen und die Heimatvertriebenen vor allen Angriffen in Schutz genommen. Er meinte, sie seien würdig, den Friedensnobelpreis zu erhalten.

Als kein führender Politiker es wagte, sprach er noch vor den Parlamentsentscheidungen vor 50 000 Heimatvertriebenen auf dem Bonner Marktplatz über die Widersprüche in den Ostverträgen. Wir sehen in ihm den Wahrer der Rechte der deutschen Heimatvertriebenen, auch der Rechtslage der Gebiete östlich von Oder und Neiße und der dort lebenden Deutschen, des Rechts und des kulturellen Erbes der Sudeten-, Ost- und Südostdeutschen und den Förderer des wichtigsten Zieles des Bundes der Vertriebenen:

> In einer freiheitlichen und föderalen Ordung eines gesamteuropäischen Rechtsverbandes der Staaten, der Völker und der Volksgruppen möglichst viel vom fortbestehenden Deutschland zu reorganisieren und hüben und drüben von frei zu vereinbarenden Grenzen durch europäisch gewährleistete umfassende Volksgruppenrechte über alle beteiligten europäischen Völker die Grenzprobleme zu entschärfen.

Wir sind gewiß, Franz Josef Strauß wird stets darauf hinwirken, die Teilung Europas und Deutschlands abzubauen. Er wird sich wie bisher für die Wahrung und Verteidigung der Freiheit und menschlichen Erleichterungen einsetzen, ganz besonders aber auch dafür, daß die Menschenrechte in ganz Europa für Nichtdeutsche und Deutsche verwirklicht werden. Hauptziel aber bleibt, daß eine gesamteuropäische freiheitliche Ordnung unter der Mitwirkung Deutschlands und der Deutschen geschaffen wird. Diese soll allen Europäern und Deutschen das Recht auf ihre Heimat gewährleisten.

In Würdigung seiner politischen Verdienste um ganz Deutschland und Europa und in dankbarer Anerkennung für die Unterstützung der Ziele der deutschen Vertriebenen verleiht das Präsidium des Bundes der Vertriebenen Ministerpräsident Dr. h. c. Franz Josef Strauß die Plakette für Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht.

ACSP, NL Strauß Slg. Kray RA 88/110

Rede des Bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß bei der Kundgebung zum Tag der Heimat am 11. September 1988 in Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Freund Czaja, sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Bürgerinnen und Bürger Deutschlands!

Seit 1950 lädt der Bund der Vertriebenen zum Tag der Heimat, zur zentralen Kundgebung der Heimatvertriebenen ein. Ich bin gerne der Einladung des Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, meines Freundes Dr. Czaja, gefolgt, in diesem Jahre die Festrede bei der Auftaktveranstaltung in Berlin zu halten. Dieser Veranstaltung und dem Thema dieser Veranstaltung kommt gerade in diesem Jahre eine besondere Bedeutung zu. Ich habe mich natürlich gefreut, als mir Herr Dr. Czaja mitgeteilt hat, daß der Bund der Vertriebenen mir heute die „Plakette für Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht" verleihen wird. Ich betrachte das als eine besondere Auszeichnung und als eine hohe Ehre, vor allem aber auch als eine große Verpflichtung. Ich danke Ihnen, lieber Herr Dr. Czaja, und allen Mitgliedern des Bundes der Vertriebenen schon jetzt sehr, sehr herzlich dafür. Seien Sie sicher, ich werde es auch in Zukunft als meine Verpflichtung ansehen, Politik für unsere deutsche Heimat sowohl mit den Vertriebenen als auch für die Vertriebenen zu gestalten und durchzusetzen. Sehen Sie es auch als deutliches Zeichen meiner Verbundenheit, auch in meiner Eigenschaft als Schirmherr der Sudetendeutschen Landsmannschaft, als Zeichen der Verbundenheit mit Ihnen an, daß ich immer gerne zu den Veranstaltungen der Sudetendeutschen, der Schlesier, der Ostpreußen und anderer Landsmannschaften gekommen bin. Auch in Zeiten, als es die politische Führung unseres Landes nicht für zweckmäßig, nicht für politisch opportun, ja für die Förderung des Entspannungsklimas nicht unbedingt günstig hielt, sich zu den Heimatvertriebenen zu bekennen!

Berlin als Symbol des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen

Ich halte es für ein wichtiges Signal, daß die zentrale Kundgebung zum Tag der Heimat seit vielen Jahren in Berlin stattfindet, in der Stadt, die für den Begriff Freiheit steht, für den Kampf um ein menschenwürdiges Leben, aber auch als ein Symbol für das Lebens- und Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation.

Man kann die Dramatik der Berlinfrage nicht ohne eine kurze Erwähnung Ihres Ursprungs verständlich machen. In dem von Hitler verbrecherisch ausgelösten und von Deutschland total verlorenen Krieg ging es zum Schluß nur noch um die Frage, an welchen Linien die Armeen des Westens und die Armeen des Ostens der gegen Deutschland verbündeten Kriegsgegner sich treffen würden. Churchill war damals sehr beunruhigt, daß Eisenhower Berlin den Russen überlassen wollte, und schrieb ihm: „Ich halte es für höchst wichtig, daß wir uns mit den Russen soweit östlich wie nur möglich die Hände schütteln!" Der britische Feldmarschall Montgomery äußerte damals in diesem Zusammenhang, als er den Befehl erhielt, den Vormarsch auf Berlin einzustellen und nach Norden abzubiegen: „Ich bin der Meinung, wir machen einen schrecklichen Fehler!"

Eisenhower sah damals nur auf den militärischen Erfolg und nicht auf die politischen Konsequenzen, als er die Marschrichtung änderte und eine persönliche Botschaft an Stalin schickte, um seine Operationen mit den Sowjets zu koordinieren.

Montgomery war mit seiner Armeegruppe nach Berlin angesetzt, wurde nun nach Norden umdirigiert. Er schreibt dazu in seinen Memoiren: „Ich habe Berlin immer als das Hauptziel angesehen. Es war der politische Mittelpunkt Deutschlands, und wenn wir vor den Russen dort sein konnten, würde in den Jahren nach dem Kriege alles für uns viel leichter werden. Jetzt war Eisenhower", – so schreibt er weiter –, „der im September 1944 mir noch geschrieben hat: ‚Das Hauptziel ist selbstverständlich Berlin!', anderer Ansicht. Sein Standpunkt kam in einem Funkspruch vom 31. März zum Ausdruck, dessen letzter Satz lautete: ‚Sie werden bemerkt haben, daß ich überhaupt nicht Berlin erwähnt habe. Dieser Ort ist für mich nur noch ein geographischer Begriff, und ich habe für derlei noch nie Interesse gehabt. Mein Ziel ist es, Streitkräfte des Feindes zu vernichten und seine Widerstandskraft zu brechen'." So das wörtliche Zitat. Aus diesen wenigen Sätzen mag hervorgehen, was der Unterschied zwischen politischem und militärischem Denken ist. Die Russen wußten ganz genau, was die Eroberung der Hauptstadt des Gegners für einen politischen Wert in der Waagschale der Nachkriegsgeschichte haben werde. Der verzweifelte Widerstand der Deutschen Wehrmacht im Osten hatte schließlich auch nur den Sinn, die Russen so lange wie möglich aufzuhalten, um den Vormarsch der westalliierten Armeen damit noch zu begünstigen. Leider haben die Amerikaner diese Chance damals nicht genutzt. Sie waren immerhin stark genug, eine Teilung Berlins noch zu erreichen. Sie waren militärisch die Stärkeren und Stalin konnte es nicht auf ein Kräftemessen mit ihnen ankommen lassen. Stalin hätte es sicherlich gerne gesehen, daß Berlin als Ganzes in russische Hand gefallen und die von der Roten Armee besetzten Gebiete sich bis weit westlich der ehemaligen Reichshauptstadt noch erstrecken sollten.

Die Freiheit des westlichen Teiles dieser Stadt war auch nach dem Krieg noch mehrmals in großer Gefahr, so beispielsweise vor 40 Jahren, als die Sowjetunion die Zufahrtswege blockierte und die westlichen Alliierten die Luftbrücke einrichteten. Vor einigen Wochen hat diese Stadt des 40. Jahrestages der Blockade gedacht.

In diesem Zeitraum zwischen der militärischen Operation des Frühjahrs 1945 und der großen Hilfsaktion für Berlin während der Berlin-Blockade lag die Zeit der Besinnung darauf, daß Berlin nicht die Hauptstadt einer russischen Provinz des sowjetischen Imperiums werden darf. Natürlich hätte es Stalin gerne gesehen, wenn die DDR größer und ihre Hauptstadt nicht geteilt wäre. Ich darf hier auch bemerken, gerade aus eigenem Erleben, daß der Rückzug der Westalliierten damals aus Mecklenburg, Pommern, Brandenburg usw. erst die Bildung der heutigen DDR möglich gemacht hat.

Die staatliche Teilung muß überwunden werden

Und deshalb ist es heute eine gemeinsame Aufgabe der freien Nationen und Staaten Europas und unserer nordamerikanischen Partner, die damals im Eifer des Krieges und der Verblendung der damaligen Umstände zustande gekommenen Ergebnisse in einem friedlichen Prozeß wieder aufzulösen.

Ich möchte in dem Zusammenhang einen ganz kurzen Ausschnitt aus dem Gespräch mit Generalsekretär Gorbatschow vom 29. Dezember in das Gedächtnis zurückrufen. Ich habe meinem Gesprächspartner erklärt, es sei schon ein, wenn auch kleiner Fortschritt, daß man den Versuch aufgegeben habe, die Deutschen in zwei Nationen aufteilen zu wollen: eine kapitalistische Nation im Westen und eine sozialistische Nation im Osten. Eine Nation könne man nicht nach dem Begriff sozialistisch oder kapitalistisch definieren. Eine Nation sei eine Nation. Ich habe keinen Widerspruch gefunden. Und Gorbatschow hat mir das auch bestätigt, aber hinzugefügt: eine Nation in zwei Staaten. Ich habe dazu erklärt: „Das ist Ihre Auslegung des Siegerrechts. Natürlich hat das Ende des Krieges, der Anspruch der Sowjetunion als Sieger-

ACSP, NL Strauß Slg. Kray RA 88/110

macht zu dieser Teilung geführt. Aber wir können diesen Anspruch einer Siegermacht auf Teilung des Landes und der Nation des Besiegten nicht anerkennen!"

Ich war nie ein Nationalist und ich bin keiner. Aber ich habe ihm erwidert, mir sei wohlbekannt, daß deutsche Politik den Krieg ausgelöst habe und die Deutschen den Krieg total verloren hätten. Es sei ein altes Gesetz der Geschichte, daß die Besiegten einen Preis zu zahlen haben. Das war so im Altertum, das war auch so, als die Gallier 300 v. Chr. Rom eroberten und nach der Legende ihr Anführer Brennus sein Schwert in die Waagschale warf, um damit den Ausgleich in Gold für den Sieger zu erhöhen und sagte „vae victis", wehe dem Besiegten. Aber nirgendwo stehe geschrieben, daß das Siegerrecht die Teilung der Nation des besiegten Staates einschließe.

Ich habe damit auch die Frage verbunden, warum denn Japan, daß auch bedingungslos kapituliert habe, nicht geteilt worden sei. Hier geht es nur um die Zukunft der Inselgruppe Kurilen, deren Besetzung die schwerwiegendste Belastung für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Japan darstellt. Und aus dem Grunde können wir das Recht der Sieger, das Land des Besiegten zu teilen, nicht anerkennen.

Ich weiß sehr wohl, welche historischen, politischen, wirtschaftlichen, ideologischen und militärischen Probleme damit verbunden sind, und ich weiß sehr wohl, daß es dafür kein Zauberrezept gibt, die Probleme, die sich durch Hitlers Politik und die brutale Ausnutzung des Sieges durch die Sowjetunion angehäuft haben. Aber gerade die Ereignisse der letzten Jahre, die Bewegung, die, in den Ostblock gekommen ist, sollte uns Anlaß geben, eine Politik für Deutschland mit einem langen geschichtlichen Atem zu betreiben und nicht in kurzfristiger, asthmatischer Hektik Zusagen zu machen, die vor der Geschichte und vor unseren Kindern und Enkeln nicht standhalten werden.

Ich habe von der Berlin-Blockade gesprochen.

- Die Entbehrungen, die die Bürger des freien Teils dieser Stadt während der Zeit der Blockade 1948/49 auf sich nahmen,
- die Angst der Menschen, ausgehungert zu werden,
- das hoffnungsvolle Winken der Menschen beim Einflug der „Rosinenbomber", wie der Berliner Humor sagte, vor genau 40 Jahren,

das sind für mich unvergeßliche Erinnerungen. Auch die Berlinkrise, die Chruschtschow 1958 ausgelöst hatte und die sich im Sommer 1961 bis zur militärischen Konfliktgefahr steigerte, darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden. Ihr vorläufiges Ende war der Bau der Mauer am 13. August 1961. Aber auch heute macht Berlin allein durch sein Vorhandensein, seine geographische Situation, seine von der Mauer und einem lückenlosen Netz von Sperrmaßnahmen umgebene Lage deutlich, daß Freiheit und Selbstbestimmung weiterhin die Grundfragen der Deutschlandpolitik sind. Die Berliner erleben Tag für Tag, was Freiheit und Unfreiheit bedeutet. Sie haben durchgehalten und werden durchhalten, weil sie ihre Stadt lieben und zu Deutschland stehen und weil sie wissen, daß wir zu ihnen stehen!

Daß die Lage Berlins anormal ist, wird niemand bestreiten. Daß der gegenwärtige Zustand nicht auf geschichtliche Dauer angelegt ist, dürfte für uns selbstverständlich sein. Eine Änderung wird allerdings nicht wie früher auf dem Schlachtfeld oder vor Revolutionsbarrikaden stattfinden, sie wird stattfinden auf dem friedlichen Wege, den heute geschichtliche Prozesse nehmen.

Weltoffenheit bedingt Heimatbewußtsein

Ich bin als Bayerischer Ministerpräsident gerne zum Tag der Heimat gekommen, aus einem ganz einfachen Grunde, weil ich meine Heimat Bayern liebe und daher allen verbunden bin, die auch ihre Heimat lieben. Und ich kann die Gefühle derjenigen verstehen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden oder geflüchtet sind, wenn ich mir vorstelle, daß meine Heimat, sei es bis zur Donau oder sei es bis zum Main, heute Bestandteil eines anderen Staates wäre.

Die Bayerische Staatsregierung hat im vergangenen Schuljahr „Heimat" zum Schwerpunktthema an den bayerischen Schulen gemacht. Es genügt nicht, den Kindern Wissen beizubringen, von der Mengenlehre in der Mathematik bis zu Lösungsmodellen sozialer Konflikte, ihnen jedoch vorzuenthalten, was Heimat bedeutet. Heimat ist ein Stück menschlicher Umgebung, Heimat ist ein unvermeidliches Stück des Ablaufs unseres Lebens; wir waren uns bewußt, daß demjenigen wesentliche Grundlagen für das Verständnis der Welt fehlen, der seine Heimat nicht kennt. Heimat kann man auch nicht durch Sozialkunde oder Politologie ersetzen. Heimatkunde muß aus dem Wissen und aus dem Herzen gelehrt und gelernt werden. Ausgeprägtes Heimatbewußtsein und aufgeklärte Weltoffenheit sind keine Gegensätze, sondern sie bedingen und ergänzen sich gegenseitig. Liebe zur Heimat hat nichts mit kleinlicher Engstirnigkeit oder mit emphatischem Überschwang der Gefühle zu tun. Sie läßt uns im Gegenteil erkennen, wie stark jeder von seiner Heimat geprägt ist.

So ist auch der Tag der Heimat das Gegenteil von dem, was böswillige Propaganda behauptet:

Der Tag der Heimat ist

- keine bedrohliche Ansammlung von Menschen, die auf Rache und Vergeltung sinnen, sie ist die Zusammenkunft von Landsleuten, die ihrer geliebten Heimat gedenken und die mit der Bewahrung und Überlieferung der Geschichte und Kultur ihrer Heimat einen unschätzbaren Dienst für unser ganzes deutsches Vaterland und für unsere europäische Kultursubstanz erfüllen.
- Der Tag der Heimat ist keine Veranstaltung einer immer älter und kleiner werdenden Generation, sondern ein machtvolles Bekenntnis zu Heimat und Selbstbestimmungsrecht, dem sich heute immer mehr junge Menschen anschließen und dessen Wirkung in der Zukunft fortdauern wird.

Und gerade je enger die Bindung junger Menschen an ihre natürliche Umgebung, an ihre Heimat ist, desto mehr werden sie sicher sein vor falschen Verführern, die heute ihnen die Gegenwart verderben und die Zukunft vermiesen wollen. Wir haben auch keinen Grund, für solche Veranstaltungen wie diese heute in Berlin irgendwelche Begründungen oder Entschuldigungen zu suchen. Nichts ist natürlicher, als daß Menschen, die sich aus historischen Gründen aufgrund ihrer nationalen Herkunft, der gleichen Sprache, des gleichen Schicksals friedlich versammeln wollen, dies auch selbstverständlich tun dürfen. Diejenigen sind keine Demokraten, die eine solche Veranstaltung denunzieren und am liebsten abschaffen würden.

Es ist bemerkenswert, daß auch in der Sowjetunion Stimmen auftauchen, die versuchen, die deutsche Frage zu verstehen. So schreibt die angesehene Moskauer Zeitschrift Literaturnaja Gaseta am 21. Juli 1988: „Die Deutschen verstehen, heißt zunächst einmal, die deutsche Psychologie zu begreifen, zum Beispiel das schmerzhafte Bewußtsein und das bittere Gedächtnis an Verlorenes, an die frühere Einheit ihres Landes, an Gebiete wie Königsberg, die jahrhundertelang urdeutsch waren." Vielleicht darf ich humorvoll sagen, wenn das der „Bayernkurier" so schreiben würde, würden wir als Organ des Revanchismus und Nationalismus verschrieen werden. Da es aber die Literaturnaja Gaseta geschrieben hat, erlaube ich mir, dies zu zitieren.

ACSP, NL Strauß Slg. Kray RA 88/110

Was die Heimatvertriebenen verloren haben, weiß ich als Ministerpräsident eines Landes, das über 2 Millionen Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg aufgenommen hat. Wir haben damals das Leid vieler Menschen, vieler zerrissener Familien aus der Nähe miterlebt. Wir haben aber auch mit Bewunderung verfolgt, welche Leistungen die Heimatvertriebenen beim Aufbau unserer Wirtschaft gerade in Bayern, bei unserem Durchbruch zu einem modernen Industriestaat, zu einem Land der Hochtechnik und beim Aufbau eines freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates erbracht haben. Bayern, aber auch viele andere Länder der Bundesrepublik Deutschland, wie Niedersachsen und Schleswig-Holstein, haben den Vertriebenen viel zu verdanken. Neue Städte sind entstanden, neue Berufszweige wurden eingeführt, Landstriche, die jahrhundertelang nur landwirtschaftlich ausgerichtet waren, erhielten ein neues Gesicht und konnten mit dem Wissen und den Kenntnissen der Zugezogenen auf die moderne Zeit vorbereitet werden.

Die Heimatvertriebenen waren zwar völlig mittellos, aber sie brachten ihre Fertigkeiten und Kenntnisse, ihre Einsatzbereitschaft und Schaffenskraft, ihre Phantasie und Kreativität und nicht zuletzt ihre politische Disziplin und Kreativität mit und stellten sie in den Dienst des wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbaus.

Gerade für Bayern kann ich heute sagen, daß der Einzug der modernen Zeit und der anhaltende wirtschaftliche Aufstieg ohne die Vertriebenen, unter denen die Sudetendeutschen wieder eine besonders starke Gruppe darstellten, nicht möglich gewesen wäre.

Dafür gebührt ihnen uneingeschränkter Dank. Der Freistaat Bayern hat in Anerkennung der von den Heimatvertriebenen und Flüchtlingen erbrachten Leistungen und als äußeres Zeichen der bald schon eingetretenen engen Verbindung mit den Einheimischen 1954 die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen als den vierten bayerischen Stamm übernommen und das 1962 besonders verbrieft. Im Jahre 1978 folgte die Übernahme der Patenschaft für die Landsmannschaft Ostpreußen.

Diese Schirmherrschaften sind keine bloße Formsache, sie sind eine Herzensangelegenheit. Meine Anwesenheit bei dem heutigen Tag der Heimat betrachte ich nicht nur als Bekenntnis zu diesen Volksgruppen, sondern zu allen Heimatvertriebenen.

Das Recht auf die Heimat als Grundrecht

Wir alle stehen zum Heimatrecht als einem Grundrecht. Wir verlangen auch, daß die Heimat uns ein Leben ermöglicht, das unseren Vorstellungen von einer demokratischen, freien und menschenwürdigen Gesellschaft entspricht. Selbst wenn die Regierung eines der Ostblockstaaten, aus denen Deutsche damals vertrieben wurden oder geflohen sind, heute sagen würde. Wir sehen ein, daß es ein Unrecht war, die Deutschen zu vertreiben, wir drücken unser Bedauern aus, und wir laden sie ein, wiederzukommen, dann ist die Frage der **Rückkehr** nicht das Hauptproblem.

Denn diejenigen, die dann in ihre angestammte Heimat unter den heutigen Lebensumständen, den heutigen gesellschaftlichen und politischen Zwangszuständen zurückgingen, die könnte man leicht abzählen. Und darum bedeutet für uns das Heimatrecht auch Herstellung politischer und gesellschaftlicher und menschlicher Verhältnisse in diesen Räumen, die unserer Vorstellung von Heimat entsprechen. Es wäre ja paradox, wenn wir hier von Heimatrecht reden, wenn wir hier das Heimatrecht feiern, wenn wir hier Heimatrecht fordern und gleichzeitig uns darauf vorbereiten müssen, daß Hunderttausende von Deutschen und ihren Nachfolgern bereit sind, unter der menschlichen und seelischen Not und der materiellen Enge, in der

sie leben, freiwillig diese Heimat zu verlassen. Das ist doch ein Widerspruch in sich selbst. Und dieser Widerspruch trifft die Machthaber in diesem Bereich, nicht die Menschen, die auswandern.

Wer würde schon in die angestammte Heimat zurückkehren, solange ihm dort für uns selbstverständliche Menschen- und Bürgerrechte verweigert werden und er den politischen und gesellschaftlichen Zwängen des „realen Sozialismus" ausgeliefert wäre.

Unser Auftrag ist es daher, die Verhältnisse in Europa friedlich, aber mit nicht nachlassender Zähigkeit und mit langem historischem Atem so zu gestalten, daß alle Menschen in ihrer Heimat und, wenn sie es nicht mehr erleben, ihre Nachfahren unter menschenwürdigen Bedingungen leben können.

Die Aussiedler und die Lage der Deutschen im Osten

Es macht die starke Ausstrahlung und Anziehungskraft der Bundesrepublik Deutschland bis weit hinein in die Länder des Ostblocks aus, daß wir im freien Teil Deutschlands ein Höchstmaß an persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten garantieren können. Bestätigt wird das nicht zuletzt durch die in den letzten Monaten stark angestiegenen Zahlen der Zuwanderer und Aussiedler.

Die Ursachen des Abwanderungsdruckes werden oft auf das Wohlstandsgefälle zwischen Ost und West reduziert. So einfach liegen die Dinge nicht. Wer sich damit befaßt, muß auch nach den Ursachen der miserablen Lebensverhältnisse fragen.

Und wer Vorwürfe erhebt wegen der Schwierigkeiten der Unterbringung, der Aufnahme, der Eingliederung, der sollte auch in der Öffentlichkeit die Frage stellen, warum denn diese Menschen überhaupt den Drang in sich spüren, ihre Heimat zu verlassen.

Da gibt es den unerträglichen Hochmut sozialistischer Behörden, die fehlenden Leistungsanreize, die mangelnde Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, die eintönige Glanzlosigkeit des Lebens, die geistige Öde des real existierenden Sozialismus, wie sich die Länder des Ostblocks nennen. Und nicht zuletzt den Mangel an kultureller Freiheit, die bis zur Unmöglichkeit gesteigerten Schwierigkeiten, das kulturelle Erbe und sein kostbarstes Gut, die Sprache, zu bewahren. Selbst wenn sich die Lebensverhältnisse im Laufe der letzten Jahre, in der DDR zum Beispiel, graduell verbessert haben, so geht die Schere der wirtschaftlichen Entwicklung im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland noch immer weiter auseinander. Das gilt noch am wenigsten für normales Essen und einfaches Wohnen, jedoch mehr und mehr für den Wiederaufbau der Städte, für deren Infrastruktur, für die Motorisierung oder für die Reisemöglichkeiten, kurzum für all das, was für uns kultivierte Europäer moderne Zivilisation bedeutet.

Die Verhältnisse in den Ostblockstaaten sind in den letzten Jahren nicht besser, sondern im Großen und Ganzen immer schlechter, teils unerträglich geworden. In Rumänien kommt dazu, daß es eine gnadenlose Assimilierungspolitik betreibt. Es steht damit in einem unerfreulichen Gegensatz zu Ungarn, wo die dortige Regierung der deutschen Minderheit großzügig entgegenkommt und mehrfach in den letzten Jahren die „Brückenrolle" der Ungarndeutschen ausdrücklich hervorgehoben hat.

Die Volksdeutschen in diesen Ländern sind auch keine fünfte Kolonne eines germanischen Imperialismus oder einer subversiven Aggression, sie sind normale, fleißige, leistungsfähige Bürger, sie wollen Bürger ihres Landes bleiben, der Sowjetunion, Rumäniens, Ungarns, Polens und der Tschechoslowakei, aber sie wollen dort die gleichen Rechte haben wie die deutsch-

ACSP, NL Strauß Slg. Kray RA 88/110

sprachige Minderheit in Norditalien, wie die Deutschsprechenden im östlichen Frankreich, wie die Deutschsprechenden in Jütland. Sie wollen sich wohl fühlen zu Hause, sie wollen ihr deutsches Erbgut bewahren, sie wollen das erhalten, woran ihr Herz hängt und trotzdem in ihrer alten Heimat bleiben, und das soll man ihnen ermöglichen.

Ich habe bei meinen Reisen, bei mehrfachen Reisen nach Rumänien, auch Reisen in andere Länder des Ostblocks, immer wieder betont, daß ich kein Fanatiker, kein Anhänger der Parole „heim ins Reich" bin, daß wir es im Gegenteil gerne sehen würden, wenn diese unsere Landsleute, die vor Jahrhunderten, ausgewandert sind, in ihrer Heimat bleiben können. Aber dann auch aus ihrer Verzweiflung, aus ihrer wachsenden Hoffnungslosigkeit endlich einmal herauskommen müssen, zu einem normalen Leben gelangen müssen. Das würden wir vorziehen, und ich habe auch Präsident Ceaucescu eindringlich gesagt, geben Sie den Deutschen, die Bürger Rumäniens sind, die Möglichkeit, zu Hause zu bleiben. Wer hat denn schon den Wunsch, ein bekanntes Zuhause gegen ein unbekanntes von morgen zu vertauschen, wenn er nicht in letzter Verzweiflung sich dazu entschließt. Hier liegt die Problematik.

Ich halte das allerdings auch für unsere nationale Fürsorgepflicht für diese Menschen, denen die östlichen Unterzeichnerstaaten der Schlußakte der KSZE die dort vorgesehenen Freiheiten und Rechte vorenthalten. Und ich rede nicht nur hier von karitativen, humanitären und sozialen Verpflichtungen, die wir haben. Ich bekenne mich immer wieder und habe es vom ersten Tage auch des neuen Lebens nach dem Zweiten Weltkrieg getan, zur nationalen Identität der Deutschen. Ihre Vergötzung und Vergötterung war genauso verbrecherisch, wie es heute die Preisgabe der nationalen Identität wäre. Wir können den Weg in die Zukunft ohne nationale Identität nicht sichern, und darum sage ich auch, daß die Aufnahme dieser Menschen auch eine nationale Aufgabe ist. In echtem Sinn des Wortes und nicht nur eine humanitäre Aufgabe, wie es bei manchen und vielen Asylanten der Fall ist. Die Entscheidung, trotz der bestehenden Verhältnisse bleiben zu wollen, oder sich gerade wegen dieser Verhältnisse um die Übersiedlung zu bemühen, muß jeder einzelne und jede Familie ganz persönlich treffen. Uns steht es nicht zu, diese Entscheidung nach der einen oder anderen Richtung zu beeinflussen. Wer aber den Entschluß zur Übersiedlung für sich gefaßt hat und ihn verwirklicht, muß die notwendigen Hilfen und Unterstützungen für eine wirksame Eingliederung erhalten. Dazu gehören die schulische und sprachliche Förderung, die notwendigen beruflichen Eingliederungsmaßnahmen. Wir müssen aber auch für diesen Personenkreis ausreichend Wohnungsmöglichkeiten schaffen. Was in den Jahren 1945 bis 1948 in einem zerstörten Land möglich war, muß heute erst recht in dieser Bundesrepublik möglich sein, deren Sozialprodukt, deren wirtschaftliche Kraft an der Spitze Europas steht. Die Zuwanderer und Aussiedler, die jetzt zu uns kommen, sind keine Asylsuchenden aus fremden oder exotischen Ländern. Sie sind Deutsche, die unter Deutschen leben wollen. Sie haben nichts mit denen gemeinsam, die das großzügige Asylrecht nach dem Grundgesetz und die Ausnutzung der damit gegebenen Sozialhilfegarantien für sich in Anspruch nehmen. Sie wollen als Deutsche und Menschen wieder unter Deutschen und Menschen wohnen.

Rechtliche Grundlagen der Deutschlandpolitik

Die Möglichkeiten der Deutschen in den Ostblockstaaten, frei zu entscheiden, ob sie bleiben oder übersiedeln wollen, können nur gewahrt bleiben, wenn wir weiterhin an der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit festhalten. Ich bitte, es bescheiden, aber ohne Minderwertigkeitskomplexe sagen zu dürfen. Es ging ja einmal um eine große politische Entscheidung, ob der Grundlagenvertrag mit unserer Verfassung übereinstimmt. Der Ablauf dieses Vorgangs würde mehr als ein großes Referat in Anspruch nehmen. Wir waren der Meinung, daß der

Grundlagenvertrag wie die anderen Ostverträge nur dann verfassungsrechtlich erträglich ist, wenn bestimmte im Verfassungsrecht kodifizierte Standpunkte gewahrt werden. Und deshalb haben meine Freunde und ich bedauert, daß die Fraktion der CDU/CSU, wenn auch nur mit knapper Mehrheit, es abgelehnt hat, die Verfassungsmäßigkeit des Grundlagenvertrages in Karlsruhe nachprüfen zu lassen. Wir haben es bedauert, daß keine Regierung eines deutschen Bundeslandes, gleichgültig von wem regiert, aufgrund seiner Aktivlegitimation, sich zu dieser Klage entschlossen hat. So war Bayern allein auf sich gestellt und hat in Karlsruhe den Gang zum höchsten deutschen Gericht angetreten.

Aus gewissen Gründen hat das Verfassungsgericht zwar die Verfassungsmäßigkeit des Vertrages anerkannt, hätte aus den selben Gründen aber auch die Verfassungsmäßigkeit ablehnen können, wenn nicht das Gebot der Verhältnismäßigkeit zu einer Entscheidung geführt hätte, daß der Vertrag zwar verfassungsmäßig sei, aber nur dann, wenn folgende Grundsätze, verfassungsrechtlich kodifizierte Grundsätze, beachtet werden:

- Das Deutsche Reich besteht rechtlich fort.
- Die vier Mächte tragen weiterhin Verantwortung für Gesamtdeutschland.
- Es gibt nur eine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit, die zugleich die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist.
- Die DDR ist zwar Völkerrechtssubjekt, aber im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland nicht Ausland.

Das sind die vier Kernsätze des Urteils des Verfassungsgerichtshofes von Karlsruhe vom 31. Juli 1973, in einem anderen Urteil vom Jahr '75 wiederholt. Und damit war der weiteren Entwicklung der deutschen Politik nach Osten zwar die Türe weiterhin offen, aber auch die Grenzen der Öffnung waren festgelegt. Es war unmöglich und ist unmöglich und wird hoffentlich unmöglich bleiben, diese Grenzen zu überschreiten.

Ich erinnere mich noch an die Lawine Spott, an den Orkan von Häme und an die Flut von giftigen Aussagen gegen den bayerischen Gang nach Karlsruhe. Ich habe damals betont, und wiederhole es heute hier: Wir Deutschen müssen einen langen geschichtlichen Atem haben, wenn wir unsere legitimen verfassungsrechtlichen und völkerrechtlichen Ansprüche auf friedlichem Wege durchsetzen wollen. Wir dürfen weder fußkrank noch asthmatisch kurzatmig werden auf diesem Wege. Und wenn die Kriegsgeneration, die heute ausscheidet oder schon in das andere Leben übergegangen ist, das nicht mehr erlebt, dann muß die nächste Generation diese Fackel weiter tragen. Und die übernächste. Selbst diejenigen unserer Nachbarn oder unserer Antagonisten im Ausland, die dazu nicht Beifall klatschen, würden den Respekt vor den Deutschen verlieren, wenn sie ihre eigene Geschichte und mit ihrer eigenen Geschichte ihre eigene Zukunft aufgeben würden.

Ich bin überzeugt, daß auch in Moskau in der obersten Wallfahrtskirche des Kommunismus und in den Filialen dieser Wallfahrtskirche und ihren politischen Zentralen eines Tages die Götterdämmerung eintreten wird. Ich persönlich bin fest überzeugt, daß wir am Beginn des Endes des kommunistischen Zeitalters in Osteuropa stehen. Und deshalb waren und sind wir auch der Meinung, daß die geschlossenen Verträge Gewaltverzichtsverträge sind und keine Grenzregelungsverträge. Über die Grenzen kann erst in einem Friedensvertrag mit einem wiedervereinigten Deutschland und einer demokratischen Regierung endgültig entschieden werden.

Diese deutschlandpolitischen Rechtspositionen, auf die wir uns im Streben nach Wiederherstellung der nationalen Einheit stützen, sind mit den Rechten und der Verantwortung der Vier Mächte aufs engste verbunden.

ACSP, NL Strauß Slg. Kray RA 88/110

Forderungen an eine perspektivische Deutschlandpolitik

Trotzdem wage ich es zu sagen, daß wir die Formel, die Wiedervereinigung hänge von der Zustimmung aller Nachbarn ab, uns nicht zu eigen machen dürfen.

Dabei möchte ich nicht dem Mißverständnis unterliegen, der Weg zu unseren Zielen führe über Schlachtfelder oder Revolutionsbarrikaden.

Der Weg führt über eine moderne, wissenschaftliche, technische, industrielle, soziologische Entwicklung. Der Weg führt über Kongresse und Konferenzen. Der Weg führt über die soziologischen Wandlungen, denen der freie Westen laufend Rechnung trägt und die im Osten durch eine repressive Staatsordnung bisher angehalten worden sind, mit ihrer stumpfen, unfähigen Funktionärsschicht, die diese Staatsordnung weiterhin kultivieren will. Und deshalb habe ich auch kein Verständnis dafür, daß das SPD-Präsidiumsmitglied Egon Bahr nunmehr mit der These auftritt, daß das Selbstbestimmungsrecht jedem der beiden deutschen Staaten zustehe und daß es ein Selbstbestimmungsrecht des gesamten deutschen Volkes nicht mehr gebe.

Vor dieser Auffassung kann ich nur warnen, denn das würde bedeuten die Spaltung Deutschlands in eine kapitalistische Nation im Westen und eine sozialistische Nation im Osten und damit ein Rückfall in einen Zustand, den selbst die Sowjetmachthaber und ihre Filialleiter als nicht mehr durchhaltbar betrachten.

Dabei bin ich mir darüber im Klaren, wie ich bereits im Jahre 1958 im Deutschen Bundestag und 1966 in meinem Interview mit der „Zeit" ausgedrückt habe, daß es eine Rückkehr zu einem deutschen nationalen Großmachtstaat, der nach Westen und nach Osten als bedrohlich empfunden wird und dessen Politik unkalkulierbar ist, wie es die Politik des Reiches weitgehend war, nicht mehr geben kann.

Deutschland muß in seiner Gesamtheit in ein freies Europa eingefügt werden. Und schließlich werden wir mit der Durchführung des europäischen Binnenmarktes 1992 die Weichen dafür stellen. Man komme nicht mit dem Argument, daß der Eintritt der Bundesrepublik in die europäische Gemeinschaft und in den gemeinsamen Markt eine Absage an die Wiedervereinigung und eine Legitimation der Ostseite zur Verweigerung der Wiedervereingung wäre.

Gerade die Oststaaten und ihre Machthaber wollen vom gemeinsamen Markt profitieren, weil sie ohne diesen gemeinsamen Markt Konkurs anmelden müssen.

Und deshalb lehne ich auch den Vorschlag ab, zwei Friedensverträge zu schließen, einen mit der Bundesrepublik Deutschland und einen mit der DDR. Mag es lange dauern, ein Friedensvertrag mag kommen, wann auch immer, aber er kann nur geschlossen werden mit einem Deutschland.

Verantwortungsvolle Deutschlandpolitik setzt nicht nur Klarheit über die eigenen Rechtspositionen voraus, sie erfordert auch die Bereitschaft, mit Wirklichkeitssinn und zäher Ausdauer Möglichkeiten für das politische Handeln zu suchen und wahrzunehmen.

Es gibt nicht nur die Alternative,

- die Frage der Teilung Deutschlands ohne Rücksicht auf weltpolitische Gegebenheiten ununterbrochen als Verhandlungsgegenstand anzumahnen oder
- das Schicksal der deutschen Nation in Untätigkeit sich selbst zu überlassen.

Beides ist falsch!

Drei Aufgaben sind uns gestellt:

- die Lösung praktischer Fragen im Interesse der Deutschen,
- die Erhaltung des Willens zur Wiederherstellung der nationalen Einheit und
- eine Politik, die langfristig zur Lösung der deutschen Frage führt.

Möglichkeiten und Grenzen der innerdeutschen Beziehungen

Heute ist mit Recht viel von der Eingliederung der Aussiedler aus Osteuropa, Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, insbesondere aus Rumänien oder der Bürger der DDR gesprochen worden, die den Umzug nach dem Westen vornehmen wollen. Es ist eine hohe sechstellige Zahl, die angeblich Ausreiseanträge gestellt haben. Und hier dürfen wir uns eines nicht leisten, ich habe das auch in meinem zweiten Gespräch mit dem Staatsratsvorsitzenden der DDR, mit dem Generalsekretär des SED, sehr deutlich gesagt. Er hat mir entgegengehalten: „Ich habe die Ausreisepraxis erheblich geändert. Die Zahlen, die Sie jetzt vorfinden sind wesentlich besser und günstiger als in den vergangenen Jahren. Das haben Sie doch verlangt, Herr Strauß!" Warum kommt jetzt die Klage, jetzt will die DDR ihre Asozialen und Arbeitslosen zu uns herüberschicken, wie sollen wir sie denn aufnehmen! Erstens ist die Behauptung falsch und zweitens machen wir uns selber unglaubwürdig. Wenn wir Freiheit verlangen, dann müssen wir auch die Folgen der Gewährung der Freiheit für unsere Bequemlichkeit in Kauf nehmen.

Ich freue mich darüber, daß es gelungen ist, ohne finanziellen Preis im Gegensatz zum Polenkredit, den wir dreimal zahlen in Verbindung mit den weiteren Garantieübernahmen durch Hermes, den restlosen Abbau der Schandflecken der Selbstschußanlagen, den restlosen Abbau des Skandals der Minenfelder und anderes derartiges zu erreichen. Auch die bessere Abfertigung der Reisenden an der innerdeutschen Grenze, die Gewährung von viel mehr Reisen. Nur eines soll man begreifen: solange es ein diktatorisches System mit seinen Zwangsmaßnahmen gibt, gibt es keine völlig freien Verhältnisse an der Grenze.

Freie Verhältnisse an der Grenze setzen eine substantielle, strukturelle Änderung der Verhältnisse im anderen Teil Deutschlands voraus. Sie setzen eine Gesellschafts- und Staatspolitik voraus, die die Grenzen praktisch bedeutungslos macht. Und davon sind wir noch ein weites Stück entfernt.

Wir haben manche gemeinsamen Aufgaben und wir haben sie in Angriff genommen. Vor zwei Jahren habe ich im Landkreis Coburg einen Hochwasserspeicher eingeweiht, dessen Stauraum zum Vorteil für beide Seiten über die Grenze hinweg in das Gebiet der DDR hineinreicht. Unsere Verhandlungen über die Beseitigung der Schadstoffemissionen aus Papierfabriken, aus Kraftwerken laufen seit 1984 und zeigen erste Erfolge. Man hat in der DDR begriffen, daß unbeschadet der gesellschaftlichen Unterschiede, der politischen Machtunterschiede und der politischen Verhältnisse überhaupt es gemeinsame Aufgaben gibt, deren Lösung im Interesse aller Deutschen liegt. Dazu gehören auch die großen Probleme im Bereich des Umweltschutzes z. B. bei der Situation der Nordsee. Es muß eine Lösung gefunden werden gegen die Verschmutzung der Elbe, gegen die Versalzung der Werra. All das sind Probleme, die wir nicht auf sich beruhen lassen dürfen. Denn wenn sie noch Jahrzehnte weiterhin auf sich beruhen bleiben, werden sie allmählich nicht mehr oder nur sehr schwer und mit höchstem Preise lösbar. Ich habe aus der großen Zahl der praktischen Beispiele nur einige wenige herausgegriffen. Aber wir dürfen mit all den kleinen Schritten, mit all den gemeinsamen Aufgaben und Problemlösungen, mit all den Erleichterungen, über die wir froh sind, nicht den Blick dafür verlieren, daß das Ziel die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands, die Wiederherstellung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes ist.

ACSP, NL Strauß Slg. Kray RA 88/110

Erhaltung des Willens zur Wiederherstellung der nationalen Einheit

Ich sehe heute in unserem Land, bei unseren Mitbürgern in der Bundesrepublik Deutschland zwei unterschiedliche Strömungen:

- diejenigen, bei denen das Interesse an der nationalen Einheit immer mehr abnimmt, weil sie keine Perspektiven sehen;
- die anderen, bei denen das Nachdenken über Deutschland erheblich an Eindringlichkeit gewonnen hat.

Mit großer Sorge beobachte ich die erste Strömung.

Ich fordere alle politischen demokratischen Kräfte auf, im Interesse der Wahrheit, des Rechtes und der friedlichen Entwicklung einer demokratischen Zukunft Europas, an der Einheit und Freiheit Deutschlands festzuhalten und sie als politisches Ziel mit allem Nachdruck zu vertreten.

Auch das, was von deutscher Seite an Verbrechen begangen worden ist, hat nicht das Recht der Deutschen beseitigt, und wir verlangen auch in dieser sehr delikaten und heiklen Frage, daß die volle Wahrheit auf den Tisch kommt. Die volle Wahrheit ist, daß auch Verbrechen an Deutschen und ihren Bundesgenossen in einer unerhörten Größenordnung begangen worden sind. Um nicht mißverstanden zu werden: Ich bin gegen jede gegenseitige Anrechnung oder Aufrechnung, aber ich bin dafür, die volle historische Wahrheit über die Abläufe und ihre schrecklichen Einzelheiten als mahnendes Beispiel der Geschichte für die Überlebenden sinnvoll und kräftig im Bewußtsein zu erhalten.

Deshalb wende ich mich gegen eine Vorstellung, als ob man durch Zerstörung der deutschen nationalen Identität Wiedergutmachung für die Vergangenheit leisten könnte.

Die neuere deutsche Geschichte hat nicht erst im Jahre 1933 begonnen. Sie ist eingebettet in die große Geschichte Europas, hineinreichend in die Vergangenheit des Mittelalters, des 19. Jahrhunderts, sie ist eine endlose Folge von Ursachen und Wirkungen, von Schuld und Gegenschuld. Die Deutschen zu singularisieren und zu sagen, ihre Geschichte sei einmalig kriminell im Ablauf der Weltgeschichte, ist Geschichtsfälschung und ist eine bewußte Attacke gegen die Kultur und Geschichtssubstanz Europas, dessen unabtrennbarer Teil die Deutschen sind.

Heute können wir uns dem Gedanken der nationalen Identität gegenüber wieder unbefangener äußern. Die großen historischen Ausstellungen, die gerade in den letzten Jahren stattgefunden haben und die besonders stark von jugendlichen Besuchern besucht und studiert worden sind, beweisen uns, daß das Interesse an der deutschen Geschichte wieder zunimmt. Die Versuche marxistischer Pädagogen, eine geschichtslose Jugend heranzuziehen, sind kläglich gescheitert. Das liegt wohl im falschen Ansatz ihrer Urheber wie in der Kläglichkeit ihrer Ergebnisse. Deshalb darf ich abschließend feststellen: die Deutschen sind eine Nation.

Neue weltpolitische Entwicklungen

Wir sind heute Zeugen einer faszinierenden Szene, in der wir Mithandelnde, Mitleidende und Miterlebende sind. Wir sind nämlich an der Schwelle der dritten industriellen Revolution. Am Ende dieses Jahrhunderts werden die Kräfteverhältnisse in der Welt anders verteilt sein, als sie im Jahre 1945 in Jalta für immer verteilt zu sein schienen.

Es ist für einen Politiker müßig und für mich besonders undankbar, hier den Propheten zu spielen. Man kann vielleicht höchstens in großen Entwicklungslinien denken. Am Ende dieses Jahrhunderts werden nach wie vor die Vereinigten Staaten die Weltmacht erster Ordnung sein, wenn auch relativ niedriger als nach dem zweiten Weltkrieg, aber sie werden an der Spitze sein. Ob die Sowjetunion die zweite Weltmacht neben und hinter den Vereinigten Staaten bleiben wird, wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es Herrn Gorbatschow gelingt, die sowjetische Gesellschaft und die sowjetischen Herrschaftsverhältnisse grundlegend zu ändern. Die bipolare Welt von Jalta ist zu Ende. Sie ist schon aufgelöst worden durch das Auftreten der Volksrepublik China mit ihren nunmehr eine Milliarde einhundert Millionen Menschen. Die Auswirkungen der Emanzipation Chinas für die übernächste Generation sind heute noch nicht einmal in Fantasiegemälden auszudenken. Aber es kommt der Aufstieg Indiens, der Aufstieg der Japaner zu einer bedeutenden, wissenschaftlich-technischen, industriellen Macht mit einem beachtlich schnell ansteigenden militärischen Potential. Lassen Sie mich dies auf eine kurze Formel bringen. Die Sowjetunion ist steckengeblieben im Zeitalter von Kohle, Eisen und Stahl. Die modernen Zentren der Welt sind aber die Zentren der Computer und der Chips. Früher konnte man sagen, die Stärke einer Nation beruht auf Kohle, Eisen, Stahl, konnte man fragen: Wieviel Divisionen hat der Papst? Das sind die Fragestellungen von gestern und von vorgestern. Die Anhäufung von Rüstungsmaterial, von Panzern, von Geschützen, drüben auf der Seite des Warschauer Paktes und ihre Verteilung um die ganze Welt herum, bringt heute keine politische Macht mehr. Sie bringt keinen militärischen Fortschritt mehr, sie bringt keinen wirtschaftlichen Erfolg mehr. Die Sowjetunion muß ihre Außenposten abbauen, Afghanistan, Kambodscha im fernen Osten. Die Sowjetunion kann von der ungeheueren quantitativen Überlegenheit ihres Rüstungsmaterials keinen Gebrauch mehr machen, weil heute Krieg nicht mehr denkbar, nicht mehr führbar, nicht mehr riskierbar und nicht mehr planbar ist. Wir leben in einer völlig neuen Welt, in die wir jetzt hineinwachsen. Und in dieser Welt werden die Studios der Wissenschaftler, die Laboratorien der Techniker und die Produkt-Management-Hallen der Industrie soziale Umwandlungen hervorrufen, von deren Ausmaß und Ergebnissen wir heute noch kaum eine zutreffende Vorstellung haben können. Und hier beginnt die große Gretchenfrage für die Sowjetunion: Kann man diese Zukunft bewältigen, wenn man am marxistisch-leninistischem System festhält? Das ist die eigentlich entscheidende Frage. Herr Gorbatschow versucht die Quadratur des Zirkels. Herr Gorbatschow versucht das Unmögliche möglich zu machen. Er hat mir vorgeworfen: „Sie glauben nicht an die Reformfähigkeit, an eine gründliche Umgestaltung. Sie haben gesagt, Herr Strauß, im Bundestag: Den Kommunismus effizienter zu machen, wäre genauso, wie wenn man Schneebälle rüsten wollte". Ich sagte: „Ja, das glaube ich heute noch, Herr Generalsekretär, ich wünsche Ihnen viel Glück bei diesem chemischen Versuch, aber ich glaube nicht, daß er Erfolg haben kann." Das heißt, die Sowjetunion muß ihr gesellschaftliches und politisches System Schritt für Schritt ändern. Und nicht ändern im Sinne von mehr Sozialismus, sondern im Sinne von mehr Freiheit. Die Frage ist, ob die Sowjetunion diesen Prozeß fortsetzen kann. Wir wissen heute noch nicht, was will Gorbatschow wirklich. Und wenn er das will, was wir erhoffen, wünschen wir ihm alles Gute. Aber kann er dann sein Ziel erreichen? Wird er unterwegs aber angehalten werden? Wird er gestürzt werden, gibt es wieder einen Rückschlag? Er hat eine Entwicklung losgetreten, die niemand mehr auf Dauer aufhalten kann.

Neue Spielräume deutscher und europäischer Politik

Hier liegen die Chancen der Europäer, wieder zur Einheit ihres Kontinents zu kommen und hier liegen die Chancen für uns Deutsche, wieder zur Einheit unseres Vaterlandes zu kommen. In einer Welt, in der Krieg mit den modernen Mitteln der Technik kein Instrument der Politik

ACSP, NL Strauß Slg. Kray RA 88/110

mehr sein kann, ist das der einzig erfolgversprechende Ausweg in eine friedliche Zukunft, in der die Menschen menschenwürdig leben, in der die Staaten demokratische Gesellschaften haben, und in der wir, eingebettet in die große Gemeinschaft der über dreihundert Millionen Europäer, auch unsere Einheit vollziehen können. Für die Einheit gibt es weder ein magisches Patentrezept noch eine Wunderdroge, es gibt weder Unterwerfung noch dumpfe Hinnahme, sondern es gilt, aktiv diesen Prozeß zu fördern. Und wir haben auf unserer Seite die stärkeren Kräfte, wir haben ungeheuere wirtschaftliche Kräfte, wir haben die moderne Wissenschaft und Technik, wir haben ausreichende, aber nicht mehr militärische Kräfte, wir haben auch vor allen Dingen die großen moralischen Kräfte des Rechtes und der Freiheit. Und das mag Ihnen, die sie heute diesen Tag geopfert haben, um mit uns die Veranstaltung zu begehen, innerlich den Auftrieb geben, die Freude geben und die Zuversicht geben, für eine gute Sache zu arbeiten, für Deutschland, für Europa, für den Frieden in der Welt.

Ich danke Ihnen!

Der Bayerische Ministerpräsident

8000 München 22
Prinzregentenstraße 7
Tel. (089) 21650 · FS 5-23809

28. SEP. 1988

An den
Vorsitzenden des Berliner
Landesverbandes der Vertriebenen e.V.
Herrn Gerhard Dewitz
Stresemannstraße 90

1000 Berlin 61

Sehr geehrter Herr Dewitz!

Zu meinem Geburtstag habe ich auch in diesem Jahr wieder überaus zahlreiche Gratulationen erhalten. Diese Zeichen der Wertschätzung aus allen Teilen der Bevölkerung haben mich sehr gefreut und sind mir Auftrag, an der Schwelle eines neuen Zeitalters weiterhin mit meiner ganzen Kraft und mit vollem Einsatz für unsere bayerische Heimat, für die Zukunft unseres Vaterlandes Deutschland und für die europäische Einigung zu arbeiten. Ich möchte Ihnen mit diesen Zeilen für Ihren Glückwunsch, den Sie auch im Namen des Berliner Landesverbandes der Vertriebenen ausgesprochen haben, herzlich danken.

Der "Tag der Heimat" in Berlin war für mich ein außerordentlich bewegendes Ereignis, an das ich stets gerne zurückdenken werde. Über die große Begeisterung für meine Person habe ich mich ganz besonders gefreut. Die Vertriebenen werden mich bei ihren berechtigten Anliegen auch künftig an ihrer Seite finden. Ich bin zuversichtlich, daß wir durch gemeinsame Anstrengung auch den Landsleuten, die jetzt aus dem Osten zu uns kommen, eine neue Heimat und eine hoffnungsvolle Zukunft schaffen können.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

F. J. Strauß

ACSP, NL Strauß Slg. Kray RA 88/110